Nr. 226 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 12. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Rumsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten, Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die englische Arbeiterbewegung

Schon seit geraumer Zeit kriselt es in England. Der Oeffentlichkeit hat sich eine zunehmende Nervosität bemächtigt. Sie vermißt die sichere Linie in der englischen Politik. Da ist zuerst das Verhältnis zu Sowjetrußland, das seit der Abreise Krassins und besonders seit seiner Rückkehr im Bunde mit Kamenew an Klarheit nichts gewonnen hat. Die Regierung Lloyd George' ist durch das hinhaltende Verfahren der Russen kopfscheu geworden. Auch die irische Bewegung hat die englische Regierung verwirrt, und man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, als ob Lloyd Georges nun auch den Arbeitern gegenüber dieselbe Methode anwenden wollte, wie er sie gegenüber den aufsässigen Iren befolgt: er will unter keinen Umständen den Anschein der Nachgiebigkeit auf sich laden. Anderseits liegt den englischen Staatsmännern daran, mit der Arbeiterschaft zu einem Einvernehmen zu kommen. Da aber die nichts weniger als arbeiterfreundliche Zusammensetzung des Khakiparlaments eine Einigung mit den immer radikaler gewordenen Gewerkschaften nahezu ausschließt, trägt sich Lloyd George mit dem Gedanken, das Unterhaus aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Lloyd George kalkuliert so: Vermehrt sich der Einfluß der Arbeiter, und diese Aussicht ist nach dem Ausfall der bisherigen Nachwahlen nicht gering zu bewerten, dann wird die Regierung umgebildet werden müssen und den Arbeitervertretern größerer Einfluß im Kabinett eingeräumt werden; erleiden sie aber eine Niederlage, so wird die Regierung darin ein Mandat des Volkes erblicken können und den weitgehenden Forderungen der Arbeiterschaft auf Bewilligung eines Kontrollrechtes in den Wirtschaftsbetrieben sowie auf Sozialisierung der Eisenbahnen und Bergwerke heftigsten Widerstand entgegenzusetzen vermögen.

Nach den neuesten Meldungen hat es den Anschein, als ob der Streik der Bergarbeiter trotz der ablehnenden Haltung der im sogenannten Dreibund angeschlossenen Gewerkschaftsverbände, insbesondere der Eisenbahner, nicht abzuwenden ist. Die Verhandlungen der Regierung mit den Arbeiterdelegierten sind, wie bereits mitgeteilt, ergebnislos verlaufen und Reuter meldet, dieses Ergebnis sei die Folge einer bewußt unversöhnenden Haltung der Arbeiter. Allerdings deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Mehrheit der englischen Arbeiter einen Ausgleich nur erstrebt, wenn er ihre Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit, besserer sozialer Arbeitsverteilung und der Betriebskontrolle bis zur endgültigen gesetzlichen Festlegung der Sozialisierung erfüllt. Diese für die englischen Verhältnisse unerhörten Zumutungen müssen in der Tat die Auffassung bestärken, daß es die Arbeiterschaft auf einen offenen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen wolle. Hinzu kommt die Haltung der sozialistischen Presse, die deutlich genug erkennen läßt, daß der Einfluß der russischen Genossen auf die Wirtschaftspolitik der englischen Arbeiterschaft im Steigen begriffen ist. Mit staunenswerter Offenheit fragt das führende Arbeiterblatt, der „Daily Herald", seine Leser, ob es das russische Angebot annehmen solle, 75 000 Pfund Sterling für Propagandazwecke zu verwerten. Bemäntelt wird diese Hilfsbedürftigkeit mit einem Defizit des Betriebes. Es ist wohl klar, daß der wahre Grund dieser Rundfrage dem Bedürfnis entspringt, eine Entscheidung der Arbeiterschaft darüber herbeizuführen, ob man Moskau folgen soll oder nicht. Wahrlich, die schlaue Politik der Krassin und Kamenew hat fruchtbare Arbeit geleistet. Aus London wird uns heute noch folgendes Stimmungsbild der Lage übermittelt:

London, 11. September. (Eig. Drahtbericht.)

In den Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Regierungsvertretern ist noch keine Klärung eingetreten. Die Grubenarbeiter bleiben, nach wie vor, hartnäckig auf ihrem Standpunkt stehen. Sir Rogger Herne, der Regierungsvertreter, erklärte, daß die Kohlenpreisfrage eine ausschließlich politische Angelegenheit sei und die Regierung aus diesem Grunde nicht nachgeben könne. Sein Vorschlag, die Lohnfrage dem Schiedsspruch des Industriegerichts zu unterbreiten, fand bei den Bergarbeitern kein Entgegenkommen. Die Delegierten fuhren unmittelbar nach Schluß der Konferenz nach Portsmouth zurück, wo sie den übrigen Delegierten Bericht erstatteten. Lloyd George wurde von dem Mißerfolg der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt. Man nimmt an, daß er die Leitung der Verhandlungen mit den Grubenarbeitern selbst in die Hände nehmen wird und daß es ihm gelingen wird, den Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen.

Ueberaus bezeichnend sind in diesem Augenblick natürlich die Vorgänge auf dem Gewerkschaftskongresse in Portsmouth, wo die Entschließung bez die Schaffung eines Generalstabs der Arbeit zum Zwecke der Förderung der Zusammenarbeit der Gewerkschaften gefordert wird, trotz des Einspruches von Clynes, der erklärte, daß der vorgeschlagene Entwurf auch nicht einen Schritt vorwärts in der gewünschten Richtung bedeute, mit 4 885 000 gegen 1 767 000 Stimmen gutgeheißen wurde. Amsterdamer Meldungen zufolge soll dieser Generalstab der Arbeit auf der Grundlage gebildet werden, daß die Bergarbeiter, die Eisenbahner und die Transportarbeiter durch je zwei und die übrigen Arbeiter zusammen durch vier Mitglieder vertreten sein werden.

Kreuzer „Medusa"

+ Königsberg, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Kreuzer „Medusa", der erste von den sechs zukünftigen wieder in Dienst gestellten deutschen Kreuzern, der soeben seine erste Auslandsfahrt nach Schweden beendet hat, ist vor Königsberg eingetroffen. Der Kreuzer „Medusa" wird wahrscheinlich bis zum 15. September dort verbleiben und dann nach Pillau weitergehen, wo er den Küstenschutz übernehmen wird. Der Zweck seiner ostpreußischen Reise ist, dort wieder die deutsche Flagge zu zeigen und die enge Verbindung des Reiches mit Ostpreußen hervorzuheben.

Die neue russische Offensive

London, 11. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die „Morning Post" meldet von der polnischen Front, daß die neue russische Offensive, um derentwillen die Sowjetregierung den Beginn der Friedensverhandlungen in Riga hinauszuschieben versuchte, nunmehr begonnen hat. Bei Brest-Litowsk sollen die Polen 15 Werst zurückgegangen sein.

+ **Danzig**, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Der amtliche polnische Heeresbericht vom 10. September besagt u. a.: Zwischen Kamionka, Strumilowa und Busk gelang es dem Feinde nach heftigen Kämpfen, den Bug zu forcieren und Busk vom Westen anzugreifen. Dank der heldenmütigen Verteidigung des 19. Infanterieregiments, das den Angreifer bis zur Ankunft von Verstärkungen hielt wurde der Feind zum eiligen Rückzug gezwungen (!).

•

Aus dem Osten

× **Paris**, 11. September. Havas meldet einen Aufstand in der Ukraine, die Aufständischen sollen Jekaterinoslaw und Nikolajew genommen haben. Alle Verbindungen der Bolschewisten mit Odessa sollen abgeschnitten sein. Petljura habe eingewilligt, unter gewissen Bedingungen mit General Wrangel zusammen gegen die Bolschewisten vorzugehen.

× **Warschau**, 11. September. Einer Havasmeldung zufolge hat die litauische Regierung der polnischen Regierung zur Erledigung des Streites eine Konferenz in Kalwarja vorgeschlagen.

•

Der Abtransport der Russen aus Ostpreußen

k. **Königsberg**, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Aus Ostpreußen waren bis Freitag 31 000 Russen abtransportiert. Die Lage an der Grenze ist unverändert ruhig. Bei Oletzko sind kleine Abteilungen Litauer vor den wieder gegen Norden vorrückenden Polen über die deutsche Grenze getreten.

•

Beilegung des russisch-französischen Konflikts

Genf, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: Die russische Antwort auf das französische Ultimatum nach Heimsendung der Kriegsgefangenen bis 30. September ist Freitag in Paris überreicht worden. Die Antwort nimmt die französischen Forderungen an, erinnert jedoch an die technischen Schwierigkeiten, die einem Abschluß der Transporte bis 30. September entgegenstehen.

•

Frankreich und Polen

× **Paris**, 11. September. Wie „Journée Industrielle" meldet, ist zwischen Frankreich und Polen ein Handelsvertrag abgeschlossen worden. Polen liefert an Frankreich hauptsächlich Holz, Zucker und Flachs und erhält von Frankreich Textilwaren, metallurgische Erzeugnisse und Düngemittel. Außerdem machen sich die beiden Länder bedeutsame Zollzugeständnisse.

Die Unsicherheit in Oberschlesien

Auch heute liegen wieder neue Alarmmeldungen über die Unsicherheit im oberschlesischen Lande, die immer unerträglichere Formen anzunehmen scheint, vor. Im Kreise Rybnik ist die polnische Verhetzung so weit gediehen, daß selbst die deutschen Kinder auf den Straßen mit Steinwürfen und Schlägen verfolgt werden. Selbst die Frauen werden gehindert, am Brunnen Wasser zu holen. Die deutsche Bevölkerung sucht, soweit sie eine Möglichkeit dazu hat, die Gegend zu verlassen.

Für das Verhältnis zwischen Franzosen und Polen ist folgender Vorgang bezeichnend, den das Zentrumsorgan, die „Volksstimme" in Rybnik, meldet: Zwei Korporale und drei Mann in französischer Uniform verlangten von der Schwägerin eines Gastwirts, daß sie Polnisch spreche und ihnen französische Spielkarten ausliefere. Dem ersteren Verlangen kam die Frau noch, französische Karten hatte sie nicht. Darauf drangen die Soldaten mit Messern auf sie ein. Auf ihre Flucht kam ihr Schwager, der Gastwirt Ogorek, ihr entgegen. Er erhielt von den Franzosen zwei Ohrfeigen, die er hinnahm, um sie nicht zu reizen. Ohne Ursache versetzte ihm darauf ein Franzose einen Messerstich in die Hand, ein zweiter warf ein Glas gegen den Büfettschrank. Darauf setzte ein allgemeiner Angriff auf den Gastwirt ein. Er wurde mit Messern und Bajonetten schwer mißhandelt, wobei einer der Franzosen äußerte: „Meine Brüder sind im Kampfe gegen die Deutschen gefallen, dafür müssen alle Deutschen sterben!" Der Mißhandelte wurde dann aus dem Fenster auf den Hof geworfen, wo er schwer verletzt liegen blieb. Die Angreifer versuchten eine vergebliche Jagd auf die Schwägerin, die über die Felder flüchtete. Nachher suchten sie den verwundeten Ogorek, offenbar, um ihm den Todesstoß zu versetzen. Er war jedoch inzwischen in Sicherheit gebracht worden.

Im Kreise Pleß wurde am gleichen Mittwoch abend ein Pfarrer von bewaffneten Polen im Pfarrhaus mißhandelt. Alle Wertgegenstände, darunter ein größerer Geldbetrag und Silbergeschirr wurden geraubt. In Laurahütte setzte die polnische Bürgerwehr einen Beamten der blauen Polizei gefangen, der einen Polenführer wegen Urkundenfälschung verhaftet und nach Kattowitz gebracht hatte. Sie erzwang dadurch von der Polizeidirektion in Kattowitz die Freilassung des polnischen Verbrechers.

Sogar im Landkreise Oppeln greift das polnische Bandenwesen derart um sich, daß die deutsche Bevölkerung in ständiger Angst um Leben und Besitz ist und die größeren Orte freiwillige Sicherheitstruppen gebildet haben, die nachts die Dörfer abpatrouillieren. Auf einen Schutz durch die Interalliierte Kommission rechnet niemand mehr.

Die Transportkontrolle

Auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal wurden, wie von uns mitgeteilt, vor einigen Tagen mehrere mit Munition für Polen beladene Dampfer schwedischer, griechischer und dänischer Nationalität vom Schleusenbetriebsrate angehalten. In dieser Angelegenheit hat die Reichsregierung, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nunmehr angeordnet, daß die Dampfer, die auf Grund der deutschen Neutralität an der Weiterfahrt verhindert worden waren, durch den Kanal zurückzuleiten seien. Der Kanal sei als deutsche Verkehrsstraße anzusehen, auf der die Neutralität ebenso wie auf den andern Verkehrsstraßen Deutschlands aufrechtzuerhalten sei. Dieser Standpunkt sei auch gegenüber der französischen Botschaft vertreten worden, die unter Hinweis auf den Friedensvertrag die freie Durchfahrt des dänischen, aus Frankreich kommenden Dampfers verlangt hatte.

Daß Frankreich sich damit jedoch nicht zufrieden gibt, beweist nachstehendes Telegramm unsres Pariser Korrespondenten:

Paris, 11. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Botschafterrat hat gestern unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, eine Note an Deutschland abzusenden, wegen des Festhaltens nach Danzig bestimmter Schiffe im Kieler Kanal. Ferner wurde die deutsche Protestnote über die Entscheidung der Alliierten bezüglich der Abstimmung in Marienwerder besprochen. Schließlich hat sich die Konferenz mit der Frage beschäftigt, wie die Ausfuhr von Produkten aus Luxemburg nach Deutschland zu regeln sei.

Die Antwort der deutschen Regierung wird auch auf diese Note hin nicht anders lauten können, als ihre Antwort gegenüber der französischen Botschaft.

Im übrigen sind in den letzten Tagen auf den deutschen Eisenbahnen keine Munitionszüge mehr angehalten worden, was auf eine zunehmende Entspannung der Lage in der Frage der Transportkontrolle schließen läßt.

•

Die Ententeforderung für Erfurt

B. **Berlin**, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) **Anläßlich der Erfurter Vorgänge sind von der Ententekommission für die von den Eisenbahnern in Erfurt zerstörte Gewehrmunition Erstattungsansprüche von 100 000 Franken gestellt worden.**

•

Die Besatzungskosten im Rheinland

Genf, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) **Havas meldet, daß die Unterredung zwischen Churchill und dem französischen Kriegsminister, die sich mit der Herabsetzung der Kosten für die Okkupationsarmee für das rheinische Gebiet beschäftigte, zu keinem Erfolg geführt habe, da der französische Kriegsminister einem Eingreifen in die militärischen Sicherungsmaßnahmen des französischen Oberkommandos für das besetzte Gebiet nicht habe zustimmen können.**

•

Die Bedrückung Eupens und Malmedys

+ **Berlin**, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) **Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung dem Völkerbund, der sich am 15. September mit der Volksbefragung in Eupen und Malmedy befassen wird, weiteres Material über die rechts- und vertragswidrigen Maßnahmen zugehen lassen, durch die die belgischen Behörden die Freiheit der Abstimmung in diesen beiden Kreisen beeinträchtigen und das Zustandekommen einer wirklichen Volksbefragung verhindern.**

× **Brüssel**, 11. September. Wie „Nation Belge" meldet, sind vier Bürgermeister aus der Gegend von Malmedy, die sich geweigert hatten, unter dem belgischen Regime zu dienen, und den Treueid zu leisten, durch den Militärgouverneur ihrer Stellung enthoben worden.

Keine Konferenz in Genf!

Basel, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Die „Baller Nachrichten" melden, daß es sehr wahrscheinlich sei, daß der Vorschlag des belgischen Ministerpräsidenten, die Genfer Konferenz aufzugeben und die Wiedergutmachungskommission in Paris in Abwesenheit der Deutschen zusammentreten zu lassen, durchdringen werde. Andernfalls würde die internationale Finanzkonferenz in Brüssel ohne vorherige Regelung der Frage der deutschen Wiedergutmachung zusammentreten.

× **Paris**, 11. September. Nach der vom englischen Botschafter übermittelten Antwort auf die Frage, ob der 24. d. M. der französischen Regierung als Datum für die Konferenz in Genf zusagen würde, erklärte sich Frankreich aus praktischen Gründen dagegen, daß beide Konferenzen in Genf und Brüssel gleichzeitig stattfänden. Außerdem nehme die französische Regierung grundsätzlich dieselbe Haltung ein wie die belgische, nämlich die Angebote Deutschlands der Reparationskommission zur Prüfung zu unterbreiten. Die französische Regierung hoffe, daß sich auch die englische Regierung dieser Ansicht anschließen werde.

Der italienische Kredit an Deutschland

Zürich, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Wie die römische „Tribuna" meldet, hat der Ministerrat am Donnerstag in Abwesenheit Giolittis einen vorläufigen Beschluß über den italienischen Kredit an Deutschland gefaßt. Der Turiner „Stampa" zufolge soll nach dem Antrag des Finanzministers der Kredit auf ein Jahr für Ernährungszwecke begeben werden und 18 Millionen Lire betragen.

Amerikanische Reise

Von unserm Sonderberichterstatter Colin Ross

XXIV.

Auslandsdeutschtum und deutsche Außenpolitik

III.

Santiago, im Mai

Es ist in den vorhergehenden Aufsätzen bereits angedeutet, daß die Republik nicht ohne Schuld an der geschilderten Abneigung gegen sie ist. Diese Schuld ist aber verständlich und verzeihlich; denn es ist nur zu klar, daß bei den Zuständen, die in Deutschland seit dem 9. November herrschten, und bei dem furchtbaren Druck, unter dem Regierung und Volk infolge Waffenstillstands und Versailler Friedens standen, keine freie Minute blieb, um sich um verhältnismäßig so unwichtige Fragen wie unsre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den südamerikanischen Republiken oder die Haltung der dortigen Kolonien zu kümmern.

Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß nicht nur die Haltung des südamerikanischen Deutschtums gegenüber der Republik eine andre, sondern auch unsre politischen und wirtschaftlichen Aussichten in den betreffenden Republiken Amerikas wesentlich günstiger wären, wenn die Gesandtschaften sich nicht nur formell auf den Boden der Tatsachen gestellt, sondern wenn sie wirklich ihre Dienste und Kräfte so der Republik und dem neuen Deutschland zur Verfügung gestellt hätten, wie sie es dem kaiserlichen Regime gegenüber getan. Ja, wenn sie selbst nur wenigstens wirklich neutral und abwartend sich verhalten hätten! So aber hat ihre offene oder versteckte Gegnerschaft gegenüber der Neuordnung der Dinge in Deutschland dem Ansehen der Republik schweren Schaden zugefügt und uns so manche günstige Möglichkeit verscherzt, die, wie beispielsweise in der Frage der Einwanderung sowie des Rohstoff- und Lebensmittelbezugs, eminent praktische Bedeutung hätte erlangen können.

Allein menschlich kann man dem Gesandtschaftspersonal seine Haltung nicht einmal so sehr verübeln. Man denke nur an die Haltung der Reichswehroffiziere und an so manchen Fall von Sabotage oder Widersetzlichkeit einzelner Beamter in Deutschland unter den Augen der demokratischen oder sozialdemokratischen Minister. Für das Gesandtschaftspersonal im Ausland fehlt nicht nur jede Vorstellung von den wirklichen Vorgängen in Deutschland und von dem Grad der Umwandlung, sondern sie bewegen sich ja auch nur in dem Milieu ehrn jener reaktionären und monarchistischen Großkaufleute und Großgrundbesitzer, so daß die eine immer wieder die andre Seite von neuem in der Auffassung bestärkt, Revolution, Demokratie und Republik seien nichts andres als eine vorübergehende krankhafte Verirrung des deutschen Volkes und seine baldige „Genesung", d. h. die Wiederaufrichtung der Monarchie und die Rückkehr zu den Zuständen des alten Regimes mit Sicherheit zu erwarten. Mit in dieser Hinsicht mußte wohl auch die Tatsache wirken, daß die gründliche Umgestaltung und Erneuerung des auswärtigen Dienstes in Berlin, die bereits Graf Rantzau ins Auge gefaßt hatte, bisher immer wieder hinausgeschoben wurde. Aus diesem Grunde ist bei den Gesandten und Geschäftsträgern im Auslande die Ansicht festgewurzelt, daß die wirkliche Macht und der wirkliche Einfluß nicht bei den parlamentarischen Ministern, sondern bei den Geheimräten und Referenten liegt, die sämtlich aus der kaiserlichen Zeit herrühren und die man alle persönlich mehr oder weniger gut kennt und auf deren Hilfe und Unterstützung man rechnet, wenn wirklich einmal Klagen aus den Kreisen demokratisch gesinnter Auslandsdeutscher bis nach Berlin gelangen.

Es ist hier nicht der Platz, ausführlich auf eine Kritik unsres Außendienstes sowie unsrer in Südamerika bisher verfolgten Politik einzugehen. Allein da man sich in Deutschland keine Vorstellung davon macht, muß doch wenigstens kurz erwähnt werden, daß die Gesandtschaften und Konsulate in Argentinien und Chile sich noch immer als kaiserlich bezeichnen und auch als solche gebärden. Von der stillschweigenden Ignorierung der Republik geht es bis zu ihrer offenen unverhohlenen Verächtlichmachung. Es ist noch harmlos, wenn der deutsche Geschäftsträger für Chile von der jetzigen Regierung als von Sattler- und Sezergehilfen spricht. Er hat sie auch in größerer Gesellschaft „Halunken" genannt. Erklärlich werden solche doch zum mindesten unvorsichtige Aeußerungen nur durch die hier vorherrschende Ueberzeugung, Republik und jetzige Regierungsform seien nur eine vorübergehende Erscheinung und der baldige Sieg der Reaktion sicher. Auch dieser Meinung hat der gleiche Geschäftsträger der deutschen Republik öffentlich Ausdruck gegeben, genau so, wie sich der Geschäftsträger in Buenos Aires, Graf Dönhoff, anläßlich des Kapp-Putsches einem Interviewer der großen argentinischen Zeitung „Nacion" gegenüber äußerte, „der Putsch sei nur verfrüht"!

Bei sehr liberaler Auffassung kann man in Deutschland derartige Aeußerungen vielleicht immer noch unter der Rubrik Gedankenfreiheit und Freiheit der politischen Gesinnung rubrizieren und entschuldigen. Im Ausland liegen jedoch die Dinge anders. Hier schadet uns eine offen kaiserlich-alldeutsche Haltung der offiziellen Vertreter der deutschen Regierung geradezu ungeheuer, vor allem deshalb, weil sie der französischen Agitation gegen uns Vorschub leistet, die erfolgreich mit dem Argument arbeitet, die ganze Revolution und Republik sei lediglich Camouflage, und die jetzige Regierung nur Platzhalterin für alldeutsche Monarchisten.

Aber auch in den südamerikanischen Staaten selbst, in denen man sehr republikanisch fühlt, erregen derartige Vertretungen der deutschen Republik ja nachdem Spott, Entrüstung, zum mindesten Befremden. Ich möchte von den Aeußerungen absehen, die von hohen chilenischen Regierungsbeamten mir gegenüber fielen, und lediglich einige Stellen aus einem Brief zitieren, den der bekannte argentinische Nationalabgeordnete Augusto Bunge am 18. Mai anläßlich der Protestversammlung in Buenos Aires gegen die reaktionären Machenschaften der monarchistischen Kreise in Südamerika veröffentlichte. Nachdem er die bisherige Haltung der Gesandtschaft und ihre „luxburgischen Methoden" gegeißelt hatte, schrieb er:

„Gesandtschaften und Konsulate, die nach anderthalb Jahren Revolution und Republik sich noch kaiserlich nennen und ihre Zeit in solch niederträchtigen Intrigen und Spionagen vertrödeln, kann kein anständiger Argentinier als deutsche Gesandtschaften und Konsulate anerkennen. Denn sie bestehen darauf, nicht die Reichsregierung des deutschen Volkes zu vertreten, sondern

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200912/1